

VERMERK

Betr.: **Synthesebericht über die Plenartagung**
 - am 24. und 25. April 2003 in Brüssel¹

1. Erläuterung der neuen Artikelentwürfe

Die Organe

Der Vorsitzende teilte dem Konvent mit, dass der Europäische Rat auf seiner Tagung am 16. April in Athen bekräftigt habe, dass die Ergebnisse des Konvents auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates am 20. Juni in Thessaloniki vorlegt werden sollen. Der Konvent müsse sich also unbedingt an diese Frist halten.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass für den Konvent nun die schwierigste Phase der Beratungen beginne, und erläuterte sodann die Entwürfe für die Artikel über die Organe (Artikel 14 - 23). Die verschiedenen Beiträge, die bislang vorgebracht worden seien, hätten bestätigt, dass die Meinungen darüber, welche Art von Europa angestrebt werden sollte, im Konvent auseinander gehen. Einige befürworteten eine behutsame Verbesserung des institutionellen Systems, da sie ihre Rechte mit den geltenden Bestimmungen am besten geschützt sehen. Andere seien ehrgeiziger und strebten ein eher föderales Modell an, bei dem weitere Zuständigkeiten auf die Kommission und das Parlament übertragen würden. Eine dritte Gruppe befürworte einen Mittelweg und suche nach der bestmöglichen Balance zwischen den Zuständigkeiten, die auf europäischer Ebene wahrgenommen werden, und denjenigen, die von den Mitgliedstaaten wahrgenommen werden. Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten habe der Konvent inzwischen ein Bewusstsein für eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Ziel entwickelt, auf dem es nun aufzubauen gelte.

Der Erfolg hänge von einer Reihe von Faktoren ab. Erstens müsse der Konvent im Auge behalten, dass er eine Verfassung vorschlagen und nicht einfach nur die einzelnen Bestimmungen der geltenden Verträge überarbeiten solle.

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://www.european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Zweitens müsse man zu einer einheitlichen kohärenten Struktur gelangen, welche die Doppelnatur der Union - Union der Völker und Union der Staaten - verkörpere, d.h. man dürfe nicht einfach zu den Mitteln des Zentralstaates greifen. Drittens müsse Flexibilität für die Zukunft sichergestellt werden. Was schließlich die mögliche Lebensdauer der Verfassung betreffe, müsse man jedoch ehrgeizig sein; die Gründungsväter hätten mit ihrer Arbeit den Weg für die Fortschritte der darauf folgenden fünfzig Jahre geebnet; nun gelte es, einen tragfähigen Rahmen für die Entwicklung Europas in den nächsten fünfzig Jahren zu schaffen.

Wie der Vorsitzende erläuterte, stützen sich die Vorschläge des Präsidiums auf drei zentrale Grundsätze, die im Verlauf der Beratungen des Konvents über institutionelle Fragen, insbesondere in der großen Aussprache im Januar, von allen Rednern angesprochen wurden.

Zum einen auf den Grundsatz der Gleichheit der Bürger und der Mitgliedstaaten. In den vorgeschlagenen Artikeln seien beide Aspekte berücksichtigt. So seien der Europäische Rat und der Ministerrat Ausdruck für die Gleichheit der Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament für die Gleichheit der Bürger, während die Kommission das übergeordnete Interesse Europas definiere und vertrete. Die Gleichheit sowohl der Bürger als auch der Mitgliedstaaten müsse beachtet werden, wolle man einen künstlichen Gegensatz zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten vermeiden.

Zweitens auf die Erkenntnis, dass das institutionelle Dreieck bewahrt und gestärkt werden muss. Die Erweiterung mache eine Reform aller drei Hauptorgane erforderlich, damit diese ihre Aufgaben erfüllen könnten. Es sei nicht wahr, dass jedes Organ seine eigene Vorstellung von der Union zu verwirklichen suche. Vielmehr habe jedes Organ eine besondere Funktion; mit einer Reform aller drei Organe könne sichergestellt werden, dass auch weiterhin ein angemessenes Gleichgewicht zwischen ihnen besteht.

Drittens auf die Überzeugung, dass die Gemeinschaftsmethode gestärkt werden muss. Dies setze voraus, dass nicht nur das eine oder andere Organ gestärkt wird, sondern das gesamte System. Der Konvent habe bereits einige wichtige Entscheidungen getroffen, die sich auf die Organe auswirken würden - beispielsweise in den Bereichen justizielle Zusammenarbeit, Sicherheitskooperation und Ordnungspolitik sowie die Einführung des Amtes eines Außenministers mit einer Doppelfunktion. Ob die neuen Aspekte in diesen Politikbereichen Wirkung zeigen, hänge entscheidend von der Handlungsfähigkeit der Organe ab.

Anschließend erläuterte der Vorsitzende die Artikel über die Organe in der Fassung des Dokuments CONV 691/03 im Detail.

Nach diesen Ausführungen meldete sich eine Reihe von Konventsmitgliedern zu Wort. Einige bezeichneten die vorgeschlagenen Artikel als nützliche Grundlage für die Beratungen des Konvents. Andere vertraten die Auffassung, dass der Text insgesamt nicht in ausgewogener Weise die Meinungen widerspiegele, die im Konvent bereits vorgetragen worden seien. Mehrere kritisierten, dass die Presse über den Inhalt der Artikel informiert worden sei. Ein Mitglied schlug vor, dass man sich am 25. April Zeit für eine erste Aussprache über die Artikel nimmt; einige Mitglieder fragten, wie sich das Präsidium die weitere Terminplanung für die Erörterung der Artikel vorstelle.

Der Vorsitzende räumte ein, dass die Zeit knapp bemessen sei; die Frist, die der Europäische Rat gesetzt habe, müsse jedoch eingehalten werden. Dem Konvent lägen inzwischen - wie versprochen - sämtliche Abschnitte von Teil I der Verfassung vor. Das Präsidium werde den Text überarbeiten und dabei sowohl die schriftlich eingereichten Änderungsvorschläge berücksichtigen als auch die Ergebnisse der Beratungen im Plenum, das sich am 15. Mai mit den Artikeln über die Organe befassen werde; der Text werde sodann rechtzeitig vor der Plenartagung Ende Mai verteilt. Ebenso werde eine vollständige Fassung von Teil II mit den neuen Elementen, die vom Konvent bereits erörtert wurden, bis Ende Mai verteilt. Am 25. April könne eine erste Aussprache über die Organe stattfinden, aber nur wenn genug Zeit bleibe; schließlich stünden andere wichtige Fragen auf der Tagesordnung.

Außenpolitisches Handeln

Der stellvertretende Vorsitzende Jean-Luc Dehaene erläuterte die Entwürfe der Artikel über das außenpolitische Handeln (CONV 685/03), d.h. die Entwürfe für die Artikel 29 und 30 des Teils I, die Artikelentwürfe für Teil II Titel B und einen Vorschlag für eine "Solidaritätsklausel" für die Teile I und II der Verfassung.

In die Artikelentwürfe seien die Ergebnisse der Arbeitsgruppe VII "Außenpolitisches Handeln", der Arbeitsgruppe VIII "Verteidigung" sowie der Beratungen des Konvents eingeflossen. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene hob hervor, dass mit den neuen Texten Bestimmungen über die Organe und Verfahren eingeführt werden sollen, mit denen die Solidarität unter den Mitgliedstaaten gestärkt und erreicht wird, dass in der Union der erforderliche politische Wille vorhanden ist, gemeinsam auf der internationalen Bühne zu handeln; zudem solle eine kohärente und effiziente Nutzung der Instrumente im Dienste der gemeinsamen Interessen gefördert werden.

Was den Aufbau des Textes betreffe, so seien sämtliche Rechtsgrundlagen für die verschiedenen Bereiche des außenpolitischen Handelns in einem Titel von Teil II zusammengefasst worden. Dabei stünden am Anfang zwei horizontale Artikel, in denen die Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der EU genannt werden und die den Rückgriff auf Instrumente ermöglichen, mit denen die ganze Bandbreite der Außenpolitik abgedeckt werden könne. Die neue Anordnung solle einen umfassenden Überblick über die Mittel bieten, die der Union zur Verfügung stehen, um auf der internationalen Bühne wirksam aufzutreten. Eine Harmonisierung der Instrumente oder Verfahren sei allerdings nicht beabsichtigt. Auch weiterhin werde es in den verschiedenen Politikbereichen, die unter diesen Titel fallen, unterschiedliche Vorgehensweisen geben.

Der Vorschlag, das Amt eines EU-Ministers für auswärtige Angelegenheiten zu schaffen, impliziere eine weit reichende Änderung der institutionellen Bestimmungen mit bedeutenden Folgen für die Festlegung und Durchführung der EU-Außenpolitik. Der Minister würde insbesondere für die Bereiche der GASP und der ESVP verantwortlich sein, in denen er im Rahmen eines vom Europäischen Rat oder vom Rat erteilten Mandats handeln würde. Zugleich wäre er Mitglied der Kommission mit Zuständigkeiten auf dem Gebiet des außenpolitischen Handelns. Als ein Vizepräsident der Kommission würde der Minister die kommissionsinterne Koordinierung der verschiedenen Aspekte des außenpolitischen Handelns, die in seine Zuständigkeit fallen, überwachen. Beschlüsse in diesen Bereichen würden weiterhin den normalen Kommissionsverfahren unterliegen, wohingegen für Vorschläge des Ministers im Bereich der GASP und der ESVP nicht das Kollegialitätsprinzip gelten würde. Auch werde vorgeschlagen, die Außenstellen der Kommission in EU-Außenstellen umzuwandeln, die dem Minister unterstehen würden.

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene erläuterte die wichtigsten Änderungen, die für die einzelnen Politikbereiche vorgeschlagen wurden (vgl. Vermerk in Dok. CONV 685/03. Insbesondere sei empfohlen worden, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf weitere Bereiche auszuweiten, im Rahmen der ESVP neue Flexibilitätsformen einzuführen und eine neue Rechtsgrundlage für die humanitäre Hilfe zu schaffen; des Weiteren werde ein neuer konsolidierter Artikel über restriktive Maßnahmen (Sanktionen) und eine einzige Rechtsgrundlage für internationale Übereinkünfte vorgeschlagen.

Der Vorsitzende ersuchte die Konventsmitglieder, ihre schriftlichen Änderungsvorschläge zu den Artikeln über die Organe und über das außenpolitische Handeln vor der nächsten Plenartagung einzureichen. Die Änderungswünsche müssten allerdings bis Montag, den 5. Mai vorliegen, damit das Sekretariat sie in seinen Zusammenfassungen berücksichtigen könne.

2. Aussprache über die Artikelentwürfe betreffend

a) **Titel VI: Das demokratische Leben der Union (CONV 650/03, CONV 670/03)**

Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache über Teil I Titel VI Artikel 33 - 37 der Verfassung über das demokratische Leben der Union. Zu diesen Artikeln seien insgesamt 235 Änderungsvorschläge rechtzeitig eingereicht und somit in der Übersicht (Dok. CONV 670/03) berücksichtigt worden. Abgesehen von den Änderungsvorschlägen, die sich unmittelbar auf die Artikelentwürfe beziehen, hätten einige Konventsmitglieder auch vorgeschlagen, weitere Artikel in diesen Titel aufzunehmen, beispielsweise Artikel über "Bürgerinitiativen im Gesetzgebungsbereich", das "Petitionsrecht", die "europäische Volksabstimmung", den "Sozialen Dialog" und die "Rolle der Sozialpartner bei der Definition der sozialen Dimension der Union", "pluralistische Medien", die "Grundsätze der ordnungsgemäßen Verwaltung" und den "Dialog mit den Regionen und Gebietskörperschaften". Andere Konventsmitglieder hätten vorgeschlagen, wichtige Aspekte aus einigen dieser Bereiche in die Artikel 33 bis 37 einzufügen.

Auf Artikel 33, in dem der Grundsatz der demokratischen Gleichheit der Bürger verankert ist, gingen nur wenige Konventsmitglieder im Verlauf der Aussprache ein. Einige von ihnen vertraten die Auffassung, dass es "der europäischen Bürger" statt "der Bürger" heißen müsse. Andere schlugen vor, ergänzend zum Grundsatz der Gleichheit der Bürger den "Grundsatz der Gleichheit der Mitgliedstaaten" einzufügen, um die doppelte Legitimierung der Union als Union der Völker und Union der Staaten zum Ausdruck zu bringen.

Viele Konventsmitglieder äußerten sich zu Artikel 34 über den Grundsatz der partizipatorischen Demokratie. Sie plädierten mehrheitlich für eine Bezugnahme auf die Rolle der Sozialpartner und den autonomen sozialen Dialog entweder im selben Artikel oder in einem eigenen Artikel dieses Titels. Überdies sprachen sich einige dafür aus, dass entweder in diesem oder in einem gesonderten Artikel auf die repräsentative Demokratie eingegangen werden müsse; insbesondere sollten Bezugnahmen auf die europäischen Volksabstimmungen, die Wahlen zum Europäischen Parlament und das Petitionsrecht oder aber auf das Europäische Parlament und den Rat sowie auf die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente aufgenommen werden. Manche Konventsmitglieder schlugen eine Bezugnahme auf den Dialog mit den regionalen und lokalen Behörden vor. Zwei Redner beantragten eine Bezugnahme auf die Jugendverbände.

Was Artikel 35 betrifft, so vertraten mehrere Redner die Auffassung, dass eindeutig festgelegt werden müsse, dass der Europäische Bürgerbeauftragte vom Europäischen Parlament ernannt wird; einige von ihnen sprachen sich dafür aus, dass er vom Europäischen Parlament gewählt wird. Eine Reihe von Konventsmitgliedern plädierte dafür, weitere Aspekte aus dem derzeitigen Artikel 195 EGV aufzugreifen, wie z.B. die Unabhängigkeit und das Mandat des Bürgerbeauftragten oder die Ausklammerung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz aus seinem Tätigkeitsbereich. Ein Redner schlug vor, den Text dahingehend zu ergänzen, dass der Europäische Bürgerbeauftragte mit den Bürgerbeauftragten der Mitgliedstaaten zusammenarbeitet. Zwei Redner beantragten eine Bezugnahme auf den Bürgerbeauftragten in dem Titel über die Organe.

Zu Artikel 35a über die politischen Parteien auf europäischer Ebene wurden verschiedene Anträge gestellt. Die einen sprachen sich dafür aus, alle Bestandteile des derzeitigen Artikels 191 EGV zu übernehmen und eine Rechtsgrundlage für die Bildung europäischer politischer Parteien anzufügen. Die anderen plädierten dafür, ausdrücklich vorzuschreiben, dass die Parteien demokratisch aufgebaut sein müssen oder dass sie die Werte der Union respektieren müssen.

Mehrere Konventsmitglieder erklärten sich mit den Artikeln 36 und 36a über die Transparenz der Arbeit der Organe der Union bzw. den Schutz personenbezogener Daten einverstanden. Einige Konventsmitglieder schlugen jedoch vor, Artikel 36 dahingehend zu ändern, dass er alle Organe der Union abdeckt; manche vertraten die Ansicht, dass er sich auch auf die in der Verfassung vorgesehenen Einrichtungen, Ämter und Agenturen erstrecken sollte (in der derzeitigen Fassung würde der Artikel nur für die vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Kommission geschaffenen Einrichtungen, Ämter und Agenturen gelten). Andere wiederum plädierten dafür, eindeutig festzulegen, in welchen Fällen von dem Grundsatz der Transparenz der Ratstagungen abgewichen werden kann, oder vorzuschreiben, dass die Protokolle über die Ratstagungen veröffentlicht werden müssen. Mehrere Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, in Artikel 36 eine Bezugnahme auf die Meinungsfreiheit der Bediensteten der Unionsorgane aufzunehmen. Ein Redner schlug vor, in Artikel 36 den Zugang nicht nur zu den von den Unionsorganen verfassten Dokumenten, sondern auch zu den in ihrem Besitz befindlichen Dokumenten vorzuschreiben.

Zu Artikel 37 über den Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften, der im Wesentlichen den Wortlaut der Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam aufgreift, gab es zahlreiche Wortmeldungen. Die meisten Konventsmitglieder, die sich hierzu äußerten,

erklärten sich mit der Fassung des Präsidiums einverstanden und vertraten die Auffassung, dass es auch künftig eine solche Bestimmung geben müsse. Einige wiesen darauf hin, dass der Artikel den Schlussfolgerungen der dem Thema Kultur gewidmeten Sitzung der Kontaktgruppe "Zivilgesellschaft" entspreche, die im Mai 2002 unter Vorsitz von Herrn Peterle stattgefunden habe.

Einige wenige Konventsmitglieder zogen zwar nicht die Berechtigung von Artikel 37 in Zweifel, äußerten aber Bedenken gegen die vorliegende Fassung. Einige von ihnen vertraten die Auffassung, dass sich Artikel 37 nur auf die Kirchen und nicht auf die "weltanschaulichen Gemeinschaften" beziehen sollte. Mehrere schlugen vor, den aus ihrer Sicht vagen Ausdruck "philosophiques" in der französischen Fassung durch das Wort "culturelles" zu ersetzen. Ein Konventsmitglied äußerte Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen einer solchen Bestimmung auf die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften. Außerdem sprachen sich mehrere Konventsmitglieder dafür aus, in der einen oder anderen Weise zum Ausdruck zu bringen, dass die konfessionellen oder weltanschaulichen Gemeinschaften nur dann in den in Absatz 3 genannten Dialog einbezogen werden dürfen, wenn sie die Unversehrtheit des Menschen nicht beeinträchtigen und die in dieser Verfassung niedergelegten Werte achten.

Mehrere Konventsmitglieder äußerten ihr Bedauern darüber, dass kein Artikelentwurf über die offene Koordinierungsmethode vorgelegt worden sei; ein solcher Artikel müsse unbedingt ausgearbeitet werden. Einige Konventsmitglieder schlugen vor, hierfür eine Fachgruppe zu bilden. Ferner sprachen sich mehrere Redner dafür aus, eine Bezugnahme auf den Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung in diesem Titel oder an anderer Stelle in die Verfassung aufzunehmen.

Einige Redner machten darauf aufmerksam, dass sich dieser Titel mit Teilen von Artikeln der Grundrechtecharta überschneide, und beantragten die Streichung der gleich lautenden Passagen in den vorliegenden Artikeln.

Abschließend teilte der Vorsitzende mit, dass er die Bedenken einiger Konventsmitglieder gegen die Überschneidungen mit Teilen der Artikel der Grundrechtecharta zur Kenntnis genommen habe. Es könne jedoch durchaus legitim sein, Fragen, die bereits in der Charta behandelt werden, auch in diesen Artikeln in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Vorsitzende stellte fest, dass es keine Einwände gegen Artikel 33 über den Grundsatz der demokratischen Gleichheit gebe, auch wenn einige Konventsmitglieder den Zusatz "Gleichheit der

Mitgliedstaaten" vorgeschlagen hätten. Die Forderung, die während der Aussprache am häufigsten erhoben worden sei, ziele darauf ab, in Artikel 34 (Grundsatz der partizipatorischen Demokratie) eine Bezugnahme auf die Rolle der Sozialpartner und den autonomen sozialen Dialog einzufügen. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Bestimmungen der geltenden Verträge über die Rolle der Sozialpartner und den sozialen Dialog an anderer Stelle in die Verfassung aufgenommen würden; er verstehe jedoch den Wunsch nach einer Bezugnahme in diesem Artikel von Teil I. Er habe zudem die Vorschläge einiger Konventsmitglieder, die auf die Aufnahme von Aspekten der repräsentativen Demokratie in diesen Titel zielten, zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende stellte fest, dass sich die Konventsmitglieder, die sich zum Europäischen Bürgerbeauftragten (Artikel 35) geäußert haben, mehrheitlich dafür ausgesprochen hätten, dass dieser vom Europäischen Parlament ernannt werde; einige von ihnen hätten beantragt, dass seine Aufgaben präziser festgelegt werden. Was Artikel 35a über die politischen Parteien auf europäischer Ebene betreffe, so seien die vorliegenden Anträge recht unterschiedlich. Die einen wollten, dass der derzeitige Artikel 191 EGV vollständig übernommen werde, die anderen wollten zusätzlich Passagen, wonach die Parteien demokratisch aufgebaut sein und die Werte der Union respektieren müssten. Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass es nicht angebracht sei, sich in die Vorschriften über die interne Organisation der politischen Parteien einzumischen; diese Frage solle eher in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Artikel 36 über die Transparenz der Arbeit der Organe der Union sowie Artikel 36a über den Schutz personenbezogener Daten seien auf recht weit gehende Zustimmung gestoßen.

Was Artikel 37 über den Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften betrifft, so stellte der Vorsitzende fest, dass viele Konventsmitglieder diese Bestimmung im Vertrag ausdrücklich befürworteten, einige jedoch Bedenken im Zusammenhang mit dem in Absatz 3 genannten regelmäßigen Dialog geäußert haben.

Ferner hätten einige Konventsmitglieder bedauert, dass kein Artikelentwurf zur offenen Koordinierungsmethode vorgelegt worden sei. Das Präsidium werde hierüber weiter beraten und anschließend überarbeitete Fassungen der bisher vorliegenden Artikelentwürfe unterbreiten.

**b) Titel IX: Die Union und ihre Nachbarn (CONV 649/03, CONV 671/03)
aus Teil I des Verfassungsvertrags**

Der Konvent erörterte kurz den Entwurf des Artikels 42 über die Union und ihre Nachbarn.

Mehrere Konventsmitglieder fragten zwar, ob ein solcher Artikel überhaupt in Teil I der Verfassung stehen sollte (einige meinten, dass er sinngemäß in die Artikel über die Außenbeziehungen des Teils II aufgenommen werden könnte), doch vertrat die Mehrheit die Auffassung, dass die Beziehungen der Union zu ihren Nachbarn hinreichend wichtig seien, um ihnen - wie vom Präsidium vorgeschlagen - einen eigenen Titel und Artikel zu widmen.

Mehrere Redner schlugen vor, den Artikel dahingehend zu ergänzen, dass die Einhaltung der demokratischen Grundprinzipien sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit Bedingungen für diese Beziehungen sind. Eine Reihe von Konventsmitgliedern befürwortete eine Bezugnahme auf die Rolle des Europarats und gegebenenfalls anderer internationaler Organisationen als Mittler zwischen der Union und ihren Nachbarländern, von denen viele dem Europarat angehörten.

Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass der Konvent die Aufnahme eines solchen Artikels weit gehend befürworte. Das Präsidium werde über die übrigen Aspekte, die in der Aussprache vorgebracht worden seien, nachdenken.

3. Aussprache über den Entwurf der Artikel betreffend

**a) Titel X: Die Zugehörigkeit zur Union (CONV 648/03, CONV 672/03)
aus Teil I des Verfassungsvertrags**

Was Artikel 43 betrifft, so plädierte ein Teil der Redner für die Streichung der darin enthaltenen Forderung, dass die Werte der Union von der Bevölkerung des antragstellenden Staates geteilt werden müssen; es genüge, wenn der antragstellende Staat die Werte der Union teile. Ein Redner sprach sich für die Aufnahme der Kopenhagener Kriterien in diesen Artikel aus. Andere wiederum beantragten die Streichung des aus ihrer Sicht überflüssigen Satzes, wonach der Beitritt zur Union die Akzeptierung ihrer Verfassung voraussetzt. Ein Redner forderte die Streichung des gesamten Artikels; anderenfalls müsse eine Bezugnahme auf die Ziele der Union und die Grundrechtecharta aufgenommen werden.

Was Artikel 44 anbelangt, so muss nach Auffassung eines Redners deutlich werden, dass es sich um ein Abkommen zwischen dem antragstellenden Staat und der Union und nicht zwischen dem antragstellenden Staat und den einzelnen Mitgliedstaaten handelt. Damit könne auch die Rolle der Kommission bei den Beitrittsverhandlungen anerkannt werden, denn auf diese Weise werde das Beitrittsverfahren an die Verfahren für den Abschluss internationaler Übereinkünfte angeglichen.

Ein Redner sprach sich dafür aus, dass für die in Artikel 45 Absätze 2, 3 und 4 vorgesehenen Beschlüsse die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich sein soll.

Auf Artikel 46 gingen die meisten Redner ein. Die Mehrheit von ihnen sprach sich dafür aus, ihn beizubehalten; jeder Mitgliedstaat müsse die Möglichkeit haben, aus der Union auszutreten. Mehrere Konventsmitglieder vertraten jedoch die Auffassung, dass für das Austrittsrecht strengere Anwendungsbestimmungen und Verfahren gelten sollten als vom Präsidium vorgeschlagen: Es dürfe kein einseitiges Austrittsrecht geben; vielmehr müsse dem Austritt ein entsprechender Beschluss der Union und der Abschluss eines Abkommens zwischen der Union und dem austretenden Staat vorausgehen. Von einigen wurde zudem vorgeschlagen, für Staaten, die aus der Union austreten, den Status eines assoziierten Mitglieds einzuführen.

Ein Teil der Redner plädierte dafür, das Austrittsrecht auf Ausnahmefälle, insbesondere auf den Fall einer Verfassungsänderung, zu beschränken. Einige sprachen sich dafür aus, eine Verbindung zwischen Artikel 46 und Artikel F herzustellen und das Recht auf Austritt den Mitgliedstaaten zuzugestehen, die eine Verfassungsänderung nicht ratifizieren. Ein Redner sprach sich dagegen aus, weil damit aus seiner Sicht die Bestimmung über das Recht auf freiwilligen Austritt in eine Klausel über den Ausschluss aus der Union umgewandelt würde.

Was das Verfahren betrifft, schlugen einige Redner vor, dass der Europäische Rat bzw. der Rat einstimmig über den Austrittsantrag eines Mitgliedstaats beschließen sollte. Andere sprachen sich dafür aus, dass für den Austritt aus der Union dasselbe Verfahren gilt wie für den Beitritt zur Union. Ein Redner vertrat die Ansicht, dass der Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments beschließen sollte.

Wiederum andere Redner forderten die Streichung dieser Bestimmung mit dem Argument, dass die Möglichkeit des Austritts bereits aufgrund des Wiener Übereinkommens gegeben sei und daher nicht ausdrücklich in der Verfassung festgelegt werden müsse; gelte jedoch das Wiener Übereinkommen in diesem Fall nicht, so würde diese Bestimmung den Charakter der Union verändern.

b) Teil III: Allgemeine und Schlussbestimmungen (CONV 647/03, CONV 673/03)

Der stellvertretende Vorsitzende Amato wies zu Beginn der Aussprache darauf hin, dass das Präsidium in Artikel F das Verfahren aus den geltenden Verträgen übernommen habe, weil diese Frage vom Konvent bislang noch nicht erörtert worden sei. Der Text könne jedoch entsprechend den Ergebnissen der Aussprache im Plenum geändert werden.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen die Artikel F und G. Was Artikel F anbelangt, so sprach sich ein Teil der Konventsmitglieder dafür aus, auch dem Europäischen Parlament ein Initiativrecht für Verfassungsänderungen einzuräumen. Einige wollen auch den einzelstaatlichen Parlamenten ein solches Initiativrecht zugestehen.

Die überwiegende Mehrheit der Konventsmitglieder schlug vor, in Artikel F einen neuen Absatz aufzunehmen, demzufolge die Regierungskonferenz - wie bei der Ausarbeitung der Verfassung - von einem Konvent vorbereitet wird, der vom Europäischen Rat oder vom Rat einberufen wird und der sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments, der einzelstaatlichen Parlamente, der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Kommission zusammensetzt. Manche vertraten jedoch die Auffassung, dass mit der Prüfung der Änderungsvorschläge ausschließlich die Regierungskonferenz betraut werden sollte.

Unter der Mehrheit, die für eine Verankerung der Konventsmethode im Verfassungsvertrag ist, gibt es einige, die ein gewisses Maß an Flexibilität bei rein technischen oder geringfügigen Änderungen bewahren und vorsehen möchten, dass für derartige Änderungen kein Konvent einberufen wird. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, festzulegen, dass der Europäische Rat bei technischen oder geringfügigen Änderungen einstimmig beschließen kann, keinen Konvent einzuberufen, sofern nicht eine Mindestanzahl von Mitgliedstaaten seine Einberufung beantragt.

Einige Konventsmitglieder schlugen vor, für Teil I andere Revisionsverfahren einzuführen als für Teil II. Während Teil I von einer Regierungskonferenz geändert werden müsse, die von einem Konvent vorzubereiten wäre, könne Teil II im Wege eines vereinfachten Verfahrens (beispielsweise durch den Rat nach Anhörung oder Zustimmung des Europäischen Parlaments oder durch das Parlament und den Rat im Wege des Gesetzgebungsverfahrens) geändert werden. Zwei Konventsmitglieder schlugen vor, bei den Revisionsverfahren nicht zwischen den Teilen der Verfassung, sondern zwischen den Sachbereichen zu unterscheiden, wie dies im früheren Artikel 95 EGKS-Vertrag vorgesehen war. Die verfassungsmäßigen Teile des Vertrags und der Grundrechtecharta dürften stets nur nach dem aufwendigsten Verfahren geändert werden.

Für Änderungen des Teils II sollte nach Ansicht einiger Konventsmitglieder nicht das Einvernehmen der Mitgliedstaaten vorgeschrieben sein, sondern ein flexibleres Verfahren gelten (beispielsweise Zustimmung von 4/5 der Mitgliedstaaten). Andere wollen dagegen an der Einstimmigkeitsregel festhalten. Manche Konventsmitglieder erklärten, es sei für sie undenkbar, dass für die verschiedenen Teile der Verfassung unterschiedliche Revisionsverfahren gelten oder dass andere Verfahren an die Stelle der verbindlich vorgeschriebenen Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten treten.

In Bezug auf das Inkrafttreten von beschlossenen Änderungen vertraten manche Konventsmitglieder die Auffassung, dass es in einem Europa mit 25 Mitgliedstaaten nicht angehen könne, dass ein einziger Mitgliedstaat alle anderen daran hindere, einen neuen Vertrag anzuwenden. Künftige Änderungen des Verfassungsvertrags sollten daher in Kraft treten, sobald ein gewisser Anteil der Mitgliedstaaten diese ratifiziert hat. Mehrere Redner schlugen vor, dass die Schwelle bei 4/5 der Mitgliedstaaten liegen solle. Wie einige meinen, sollte zudem festgelegt werden, dass die Änderungen von den einzelstaatlichen Parlamenten und/oder vom Europäischen Parlament ratifiziert werden müssen.

Was Artikel G betrifft, so vertraten einige Konventsmitglieder den Standpunkt, dass zwar für das Inkrafttreten künftiger Verfassungsänderungen ein gewisses Maß an Flexibilität wünschenswert sei, dies jedoch nicht für das Inkrafttreten der Verfassung selbst gelte, zumal die derzeitigen Verträge keine Bestimmungen in diesem Sinne enthielten. Daher könne die Verfassung erst nach ihrer Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten in Kraft treten. Ein Konventsmitglied schlug vor, eine Erklärung zur Schlussakte des Verfassungsvertrags aufzunehmen, die inhaltlich der vom Präsidium vorgeschlagenen Fassung des Artikels G Absatz 3 entsprechen würde.

Mehrere Konventsmitglieder bezeichneten es als wünschenswert, dass in allen Mitgliedstaaten eine Volksabstimmung über die neue Verfassung durchgeführt wird.

Was Artikel B betrifft, so beantragten einige Konventsmitglieder, dass die Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs entweder anders formuliert oder aber gestrichen wird.

In Bezug auf Artikel C sprach sich ein Konventsmitglied dafür aus, dass die Gebiete in äußerster Randlage und die ÜLG in Teil I der Verfassung genannt werden. Andere schlugen vor, den Grundsatz des territorialen Zusammenhalts in der Verfassung zu verankern. Ein Konventsmitglied beantragte, dass dem Verfassungsvertrag ein Protokoll über die Åland-Inseln beigelegt wird.

Im Zusammenhang mit Artikel I schlug ein Konventsmitglied vor, einen neuen Artikel über den Status der Sprachen in der Union in die Verfassung aufzunehmen.

Abschließend stellte der stellvertretende Vorsitzende Amato fest, dass der Konvent die Verfassungsbestimmungen einzeln prüfen müsse, die nach dem vereinfachten Revisionsverfahren geändert werden könnten; sei dies der Fall, so müsse eine entsprechende Bezugnahme in die betreffenden Artikeln aufgenommen werden. Auch sei zu prüfen, welche Rolle dem Europäischen Parlament im Verfahren zur Revision des Verfassungsvertrags zugewiesen werden und welches Abstimmungsverfahren für die Annahme künftiger Änderungen gelten sollte.

4. Nächste Tagung des Konvents

Der stellvertretende Vorsitzende Amato teilte dem Konvent mit, dass die nächste Plenartagung am Donnerstag, den 15. und Freitag, den 16. Mai jeweils den ganzen Tag (von 9.30 bis 20.00 Uhr) stattfinden werde. Auf der Tagung werde der Konvent die Entwürfe der Artikel über die Organe und das außenpolitische Handeln/Verteidigung erörtern.

Rednerliste in der Reihenfolge der Beiträge.

**Plenartagung am 24. und 25. April 2003
REDNERLISTE
(in der Reihfolge der Beiträge)**

Donnerstag, 24. April

Erläuterung der neuen Artikelentwürfe

*(Blaue Karten: HAENEL, EINEM, FISCHER, FAYOT, KATIFORIS, BROK, SPINI, MAJJ-
WEGGEN, KILJUNEN, FARNLEITNER, DUFF, LEQUILLER, VOGGENHUBER)*

Titel VI : Das demokratische Leben der Union: allgemeine Aussprache

1. Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)
2. Herr Jan KOHOUT - Tschechische Republik (Regierung)
3. Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)
4. Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)
5. Frau Lena HJELM-WALLÉN - Schweden (Regierung)
6. Herr Alojz PETERLE - Slowenien (Parlament)
7. Herr Jozef OLEKSY - Polen (Parlament)
8. Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)
9. Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)
10. Herr Panayotis DEMETRIOU - Zypern (Parlament)
11. Herr Nikiforos DIAMANDOUROS - (Europäischer Bürgerbeauftragter) Beobachter
12. Herr Michel BARNIER - Kommission

(Blaue Karten: VAN LANCKER, MACLENNAN)

13. Frau Linda McAVAN - Europäisches Parlament
14. Herr Alexandru ATHANASIU - Rumänien (Parlament)
15. Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
16. Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)
17. Herr Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)
18. Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament
19. Herr Reinhard BÖSCH - Österreich (Parlament)
20. Herr Emilio GABAGLIO - (Europäischer Gewerkschaftsbund) Beobachter
21. Herr Josef CHABERT - (Ausschuss der Regionen) Beobachter
22. Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)
23. Herr Timothy KIRKHOPE - Europäisches Parlament
24. Herr Oguz DEMIRALP - Türkei (Regierung)
25. Herr Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)
26. Herr Henrik Dam KRISTENSEN - Dänemark (Parlament)
27. Herr Antti PELTOMÄKI - Finnland (Regierung)
28. Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
29. Frau Claude DU GRANRUT - (Ausschuss der Regionen) Beobachter
30. Herr Roger BRIESCH - (Wirtschafts- und Sozialausschuss) Beobachter
31. Herr Carlos CARNERO - Europäisches Parlament
32. Herr Pat CAREY - Irland (Parlament)
33. Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)

(Blaue Karten: BARNIER, CISNEROS)

34. Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
 35. Frau Marie NAGY - Belgien (Parlament)
 36. Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
 37. Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
 38. Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)
 39. Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
 40. Herr Dimitrij RUPEL - Slowenien (Regierung)
 41. Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)
- (Blaue Karten: MacCORMICK, DE ROSSA, SERRACINO-INGLOTT, MACLENNAN, VAN LANCKER)*
42. Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament
 43. Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
 44. Herr Ivan KORCOK - Slowakei (Regierung)
 45. Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)
 46. Herr Georges KATIFORIS - Griechenland (Regierung)
 47. Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)
 48. Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)
 49. Herr Jan FIGEL - Slowakei (Parlament)
 50. Herr Esko HELLE - Finnland (Parlament)
 51. Herr David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)
 52. Herr William ABITBOL - Europäisches Parlament
 53. Herr Francesco SPERONI - Italien (Regierung)
 54. Frau Helle THORNING SCHMIDT - Europäisches Parlament
 55. Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)
 56. Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)

Freitag, 25. April

Titel IX : Die Union und ihre Nachbarn

1. Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)
2. Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)
3. Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)
4. Herr Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)
5. Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
6. Herr René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)
7. Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
8. Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament
9. Herr József SZÁJER - Ungarn (Parlament)
10. Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)
11. Herr Rihards PIKS - Lettland (Parlament)

Blaue Karten: DEMETRIOU, KORHONEN

Titel X : Die Zugehörigkeit zur Union

1. Frau Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)
2. Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)
3. Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament
4. Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)
5. Herr Antonio VITORINO - Kommission
6. Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
7. Herr Peter BALÁZS - Ungarn (Regierung)
8. Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
9. Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)
10. Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich (Parlament)

Blaue Karten: KVIST, STOCKTON, EINEM, THORNING-SCHMIDT, DYBKJAER, BERES, MacCORMICK, ROCHE, DE GUCHT, BONDE

11. Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)
12. Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
13. Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament
14. Herr Francesco SPERONI - Italien (Regierung)
15. Frau Hildegard PUWAK - Roma (Regierung)
16. Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)
17. Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
18. Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)
19. Frau Sandra KALNIETE - Lettland (Regierung)
20. Herr Frans TIMMERMANS - Niederlande (Parlament)
21. Herr Dimitrij RUPEL - Slowenien (Regierung)
22. Frau Marta FOGLER - Polen (Parlament)
23. Herr Peter SKAARUP - Dänemark (Parlament)
24. Herr Oskaras JUSYS - Litauen (Regierung)
25. Herr Karel DE GUCHT - Belgien (Parlament)
26. Herr John GORMLEY - Irland (Parlament)
27. Herr Luis MARINHO - Europäisches Parlament
28. Frau Liene LIEPINA - Lettland (Parlament)
29. Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)

Blaue Karten: KORHONEN, McAVAN, ABITBOL

Teil III: Allgemeine und Schlussbestimmungen

1. Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
2. Herr Olivier DUHAMEL - Europäisches Parlament
3. Herr Hans Martin BURY - Deutschland (Regierung)
4. Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
5. Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament

6. Herr Antonio VITORINO - Kommission
7. Frau Meglena KUNEVA - Bulgarien (Regierung)
8. Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
9. Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)
10. Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
11. Herr Jan ZAHRADIL - Tschechische Republik (Parlament)
12. Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)
13. Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
14. Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
15. Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament

Blaue Karten: de VRIES, d'OLIVEIRA, CARNERO

16. Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)
17. Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich (Parlament)
18. Frau Riitta KORHONEN - Finnland (Parlament)
19. Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)
20. Frau Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)
21. Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament
22. Herr Francesco SPERONI - Italien (Regierung)
23. Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)
24. Herr Antti PELTOMÄKI - Finnland (Regierung)
25. Herr Gundars KRASTIS - Lettland (Parlament)
26. Frau Lenka ROVNA - Tschechische Republik (Regierung)
27. Herr Gintautas SIVICKAS - Litauen (Parlament)
28. Frau Marie NAGY - Belgien (Parlament)

Blaue Karten: ABITBOL, DUFF, VOGGENHUBER, BARNIER; MACLENNAN, MacCORMICK, BRUTON, DYBKJAER